

## **BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG**

der GemeinderätInnen Claudia Smolik und Mag.<sup>a</sup> Waltraut Antonov (GRÜNE), sowie Petr Baxant und Mag. Jürgen Wutzlhofer (SPÖ)  
eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 30.10.2009  
zu Post Nr. 13 der heutigen Tagesordnung

### **betreffend Qualitätsverbesserungen an Österreichischen Hochschulen**

#### **B E G R Ü N D U N G**

Bildung ist das entscheidende Zukunftsthema für Österreich – und die österreichischen Hochschulen sind den anstehenden Herausforderungen nicht gewachsen. Österreichische Studierende vieler Universitäten versuchen seit mittlerweile einer Woche, auf konkrete Missstände aufmerksam zu machen. In einem basisdemokratisch beschlossenen Forderungskatalog legen sie dar, wie moderne, zeitgemäße Universitäten organisiert werden sollten.

Die Forderungen der Studierenden lauten:

- 1) Bildung statt Ausbildung** - Bildung für eine mündige Gesellschaft und nicht bloße Ausbildung nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit! Ziel ist die Möglichkeit eines freien, selbstbestimmten Studiums für Alle!
- 2) Freier Hochschulzugang**
- 3) Demokratisierung der Universitäten**
- 4) Ausfinanzierung der Universitäten**
- 5) Das Behindertengleichstellungsgesetz** muss an allen österreichischen Universitäten umgesetzt werden, um ein barrierefreies Studieren zu ermöglichen.
- 6) Beendigung der prekären Dienstverhältnisse an den Universitäten**
- 7) 50% Frauenquote in allen Bereichen des universitären Personals**

Der Wiener Gemeinderat solidarisiert sich mit diesen Forderungen, auch im Interesse der Wiener Studierenden.

Österreich braucht mehr Studierende, nicht weniger. Dazu müssen die Ressourcen der Universitäten verbessert und die Qualität der Studien gesichert werden, denn die derzeitigen Arbeitsbedingungen an österreichischen Universitäten ermöglichen keine qualitativ hochwertige Ausbildung.

Die unterzeichnenden GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

### **BESCHLUSSANTRAG**

Der Wiener Stadtsenat wird aufgefordert an die Bundesregierung, insbesondere den zuständigen Wissenschaftsminister, mit der Forderung heranzutreten, die Vorschläge der Studierenden laut Antragsbegründung umzusetzen und damit eine Qualitätsverbesserung an österreichischen Hochschulen zu gewährleisten.

Weiters wird die Bundesregierung aufgefordert, von der Einführung von Studiengebühren abzusehen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung des Antrags.

Wien, am 30.10.2009